



BÜRGERGEMEINDE  
4922 THUNSTETTEN

# **BURGERAUFNAHMEREGLLEMENT DER BÜRGERGEMEINDE THUNSTETTEN 2019**

## Inhaltsverzeichnis

---

.....	2
<b>I. ALLGEMEINES .....</b>	<b>3</b>
II. ERWERB DES BÜRGERRECHTS .....	3
III. VORAUSSETZUNGEN .....	4
IV. VERFAHREN .....	4
V. EINKAUFSSUMME .....	6
VI. VOLLZUG DER AUFNAHME .....	6
VII. VERLUST DES BÜRGERRECHTS .....	7
VIII. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN .....	7
AUFLAGEZEUGNIS .....	8

---



Die Burgergemeinde Thunstetten,  
gestützt auf Artikel 50 Absatz 1 und Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a des  
Gemeindegesetzes (GG), Artikel 6 - 9, 19 - 22 und 25 - 30 des Gesetzes  
über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) sowie Artikel 12e des  
Organisationsreglementes der Burgergemeinde Thunstetten.

auf Antrag des Burgerrates,

beschliesst:

## I. Allgemeines

Grundsätzliches

**Art. 1** <sup>1</sup> Dieses Reglement regelt den Erwerb und Verlust des Bürgerrechts, soweit der Bund oder der Kanton keine abschliessende Regelung getroffen hat.

<sup>2</sup> Dieses Reglement basiert auf folgenden Rechtsgrundlagen von Bund und Kanton:

- a. Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB);
- b. Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (BüG);
- c. Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG);
- d. Verordnung über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüV);
- e. Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG).

Zuständigkeit

**Art. 2** <sup>1</sup> Über ein Gesuch um Zusicherung des Bürgerrechts entscheidet die Burgergemeindeversammlung auf Antrag des Burgerrates.

Schweigepflicht

**Art. 3** <sup>1</sup> Die Mitglieder der burgerlichen Organe unterliegen betreffend Tatsachen, die sie im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens erfahren haben Dritten gegenüber der Schweigepflicht.

## II. Erwerb des Bürgerrechts

Von Gesetzes  
wegen

**Art. 4** <sup>1</sup> Das Bürgerrecht wird in den Fällen von Artikel 259, 267a und 271 ZGB und Artikel 1 und 4 BüG von Gesetzes wegen erworben.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Art. 259 ZGB: Das minderjährige Kind erhält bei nachträglicher Heirat der Eltern das Bürgerrecht des Elternteils, dessen Familiennamen es trägt.

Art. 267a ZGB: Das minderjährige Adoptivkind erhält das Bürgerrecht des Adoptivelternteils, dessen Familiennamen es trägt.

Art. 271 ZGB: Das minderjährige Kind erhält bei einem Namenswechsel das Bürgerrecht des Elternteils, dessen Familiennamen es trägt.

Art. 1 BüG: Bürgerin oder Bürger ist von Geburt an das Kind, dessen Eltern miteinander verheiratet sind und der Elternteil, dessen Familiennamen es trägt, Bürgerin oder Bürger ist sowie das Kind einer Bürgerin, die mit dem Vater nicht verheiratet ist. Zudem erhält das Bürgerrecht das minderjährige ausländische Kind, eines schweizerischen Burgers, der mit der Mutter nicht verheiratet ist, durch die Begründungen des Kindsverhältnisses zum Vater.

Art. 4 BüG: Das minderjährige ausländische Adoptivkind erhält das Bürgerrecht des Adoptivelternteils, dessen Familiennamen es trägt.



Durch Beschluss

**Art. 5** <sup>1</sup>In den anderen Fällen als Artikel 4 wird das Bürgerrecht durch behördlichen Beschluss erworben.

Bürgerrecht der  
Einwohnergemeinde

**Art. 6** <sup>1</sup>Das Bürgerrecht schliesst das Bürgerrecht der entsprechenden Einwohner- oder Heimatgemeinde ein.

### **III. Voraussetzungen**

Allgemeines

**Art. 7** <sup>1</sup>Schweizerinnen und Schweizer können auf Gesuch hin in das Bürgerrecht aufgenommen werden, wenn sie eine enge Verbundenheit mit der Bürgergemeinde nachweisen.

Weitere  
Voraus-  
setzungen

**Art. 8** <sup>1</sup>Für die Aufnahme in das Bürgerrecht sind erforderlich:

- a. ein ununterbrochener, zehnjähriger Wohnsitz in der Gemeinde Thunstetten;
- b. keine Betreibungen und Verlustscheine im Betreibungsregistrauszug der letzten 5 Jahre vor Gesuchseinreichung;
- c. keine Einträge im Strafregistrauszug für Privatpersonen und keine hängigen Strafverfahren;
- d. Teilnahme am Dorfleben;
- e. Bezahlung der definitiv veranlagten Steuern;
- f. zehn Jahre vor Gesuchseinreichung und während des Einbürgerungsverfahrens kein Bezug von Leistungen der Sozialhilfe, ausser die bezogenen Leistungen wurden vollständig zurückbezahlt;
- g. verwandtschaftliche Beziehungen zu einer Bürgerfamilie stehen bis hin zur dritten Generation;
- h. besonderes Engagement zu Gunsten der Bürgergemeinde.

Erleichterte  
Voraussetzungen

**Art. 9** <sup>1</sup>Ehegatten sowie eingetragene Partnerinnen oder Partner von Bürgerinnen und Bürgern können unter erleichterten Voraussetzungen eingebürgert werden. Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

- a. Teilnahme am Dorfleben;
- b. Verwandtschaftliche Beziehungen zu einer Bürgerfamilie bis hin zur dritten Generation.

<sup>2</sup>Unter den gleichen Voraussetzungen wie nach Absatz 1, können in gerader Linie bis hin zur dritten Generation, verwandte Kinder von Bürgerinnen und Bürgern eingebürgert werden. Ist nur ein Elternteil im Besitz des Bürgerrechts von Thunstetten und das unmündige Kind besitzt das Bürgerrecht des andern Elternteils, kann es ebenfalls erleichtert eingebürgert werden unabhängig vom andern Elternteil (Auszug Familienbüchlein oder gleichwertiges Dokument erforderlich).

### **IV. Verfahren**

Gesuch

**Art. 10** <sup>1</sup>Gesuche um Zusicherung des Bürgerrechts sind schriftlich beim Burgerrat mit dem amtlichen Gesuchsformular einzureichen. Die in Artikel 13 verlangten Unterlagen sind dem Gesuch beizulegen.

Eintreten /  
Rechtsanspruch

**Art. 11** <sup>1</sup>Auf das Einbürgerungsgesuch wird eingetreten, wenn sämtliche Un-



terlagen nach Artikel 13 vorliegen.

<sup>2</sup>Ein unvollständiges Gesuch wird zur Ergänzung zurückgewiesen.

<sup>3</sup>Es besteht kein Rechtsanspruch auf Einbürgerung.

Familienangehörige

**Art. 12** <sup>1</sup>Ehepaare und Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, können ein gemeinsames Gesuch einreichen.

<sup>2</sup>Die Einbürgerung der Eltern oder eines Elternteils erstreckt sich auch auf die in das Gesuch einbezogenen minderjährigen Kinder. Nach dem zurückgelegten 16. Altersjahr können Minderjährige nur mit ihrer schriftlichen Zustimmung eingebürgert werden.

Unterlagen

**Art. 13** <sup>1</sup>Gesuchstellende haben dem Gesuch folgende Unterlagen beizulegen:

- a. Personenstandsausweis (für Einzelpersonen), Familienausweis (für Ehegatten), Partnerschaftsausweis (für eingetragene Partnerschaften);
- b. Kopie des Passes oder der Identitätskarte;
- c. Wohnsitznachweis;
- d. Privatauszug aus dem Strafregister des Bundes;
- e. Auszüge aus den Betreibungsregistern der Wohnorte der letzten fünf Jahre, sofern verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft lebend auch des anderen Ehegatten bzw. der Partnerin oder dem Partner;
- f. Bestätigung über die Bezahlung der Steuern;
- g. Nachweis über den Bezug oder Nichtbezug von Leistungen der Sozialhilfe in den letzten zehn Jahren vor Gesuchseinreichung oder über deren Rückzahlung.

<sup>2</sup>Für minderjährige Kinder, die in das Gesuch eines Elternteils einbezogen werden, sind ein Personenstandsausweis sowie eine Kopie des Passes oder der Identitätskarte einzureichen.

Prüfung

**Art. 14** <sup>1</sup>Der Burgerrat prüft das Einbürgerungsgesuch und die Unterlagen. Er kann von den Gesuchstellenden zusätzliche Auskünfte und Unterlagen verlangen. Die Gesuchstellenden sind verpflichtet, der Burgergemeinde alle für die Beurteilung des Gesuches erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

<sup>2</sup>Der Burgerrat oder ein von ihm bestimmter Ausschuss prüft die Einbürgerungsvoraussetzungen in geeigneter Weise.

<sup>3</sup>Besteht weiterer Abklärungsbedarf, ist der Burgerrat oder ein von ihm bestimmter Ausschuss gestützt auf Artikel 25 KBüG befugt, bei bernischen und ausserkantonalen Verwaltungs- und Verwaltungsjustizbehörden amtshilfeweise über die für die Beurteilung der Einbürgerungsvoraussetzungen zwingend erforderlichen Personendaten Auskunft zu verlangen.

Würdigung und Antrag

**Art. 15** <sup>1</sup>Der Burgerrat würdigt die Persönlichkeit der Gesuchstellenden und der Familienangehörigen sowie die Erfüllung der Einbürgerungsvoraussetzungen.

<sup>2</sup>Der Burgerrat ist befugt, ein Gesuch im Einvernehmen mit der Gesuchstellenden jeweils einmalig für höchstens zwei Jahre zu sistieren, wenn ein anderes Verfahren Auswirkungen auf die Einbürgerungsvoraussetzungen hat.



<sup>3</sup>Das Gesuch ist der Burgerversammlung mit einem begründeten Antrag des Burgerrates zu unterbreiten. Ein ablehnender Antrag erfolgt nur nach Anhörung der Gesuchstellenden und sofern diese die Behandlung des Gesuches durch die Burgerversammlung ausdrücklich wünschen.

Beschluss

**Art. 16** <sup>1</sup>Die Burgerversammlung nimmt Kenntnis vom begründeten Antrag des Burgerrates über die Erfüllung der Einbürgerungsvoraussetzungen und würdigt das Einbürgerungsgesuch nach pflichtgemäsem Ermessen. Die Zusicherung des Bürgerrechts erfolgt durch Mehrheitsbeschluss in geheimer Abstimmung. Wird die Zusicherung des Bürgerrechts verweigert, ist die begründete Verfügung den Gesuchstellenden zu eröffnen.

Weiterleitung des  
Gesuches

**Art. 17** <sup>1</sup>Ist das Bürgerrecht zugesichert worden, wird das Gesuch mit sämtlichen Unterlagen sowie dem Zusicherungsentscheid, der für die Einbürgerung massgebenden Sachverhalte enthält, dem Amt für Migration und Personenstand (Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst) des Kantons Bern zugestellt.

<sup>2</sup>Die Burgergemeinde stellt die kommunalen sowie kantonalen Gebühren für beide Behörden gemeinsam in Rechnung, nachdem das Bürgerrecht zugesichert worden ist.

<sup>3</sup>Das Verfahren nimmt erst dann seinen weiteren Verlauf, wenn sämtliche in Rechnung gestellten Gebühren bezahlt sind.

## **V. Einkaufsumme**

**Art. 18** <sup>1</sup>Für die Aufnahme in das Bürgerrecht entrichten die Gesuchstellenden eine Einkaufsumme. Diese beträgt für Ehepaare 4 %, für Einzelpersonen 4 % vom Einkommen (steuerbares Einkommen) gemäss der letzten gültigen Steuerveranlagung. Sie beträgt mindestens CHF 2'000, maximal CHF 5'000.

<sup>2</sup>Bei Gesuchen nach Artikel 9 wird keine oder eine reduzierte Burgeraufnahmegebühr erhoben.

<sup>3</sup>Kantonale Gebühren bleiben ausdrücklich vorbehalten und sind getrennt von der kommunalen Gebühr zu betrachten.

<sup>4</sup>Minderjährige Kinder, die in das Gesuch der Eltern oder eines Elternteils einbezogen werden, entrichten keine Gebühr, auch wenn sie während des Verfahrens volljährig werden. Nachträglich eingeburgerte minderjährige Kinder bezahlen ebenfalls keine Gebühr.

## **VI. Vollzug der Aufnahme**

**Art. 19** <sup>1</sup>Mit der Eröffnung der Zusicherung des Bürgerrechts werden die Gesuchstellenden aufgefordert, die kommunale Gebühr und die kantonale Gebühren an die Burgergemeinde zu überweisen. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage.



Bezahlung	<b>Art. 20</b> <sup>1</sup> Das Bürgerrecht tritt mit der kantonalen Genehmigung des kommunalen Einbürgerungsentscheides oder mit der rechtskräftigen Erteilung des Kantonsbürgerrechts in Kraft.
Inkrafttreten des Bürgerrechts	<b>Art. 21</b> <sup>1</sup> Sobald die Genehmigung des kommunalen Einbürgerungsentscheides oder die rechtskräftige Erteilung des Kantonsbürgerrechts vorliegt, wird den neu aufgenommenen Bürgerinnen und Bürgern ihre definitive Aufnahme schriftlich eröffnet.
Eröffnung	<b>Art. 22</b> <sup>1</sup> Die Einbürgerung darf im Bürgerregister erst dann eingetragen werden, wenn das Amt für Migration und Personenstand (Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst) der Burgergemeinde die Beurkundung im Personenstandsregister mitgeteilt hat.
Eintrag im Bürgerregister	<b>Art. 23</b> <sup>1</sup> Sämtliche rechtskräftigen verfahrensabschliessenden Entscheide, inklusive Gesuchsunterlagen von abgeschlossenen Einbürgerungs- und Entlassungsverfahren, werden durch die Burgergemeinde an das Amt für Migration und Personenstand (Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst) weitergeleitet und durch dieses aufbewahrt.  <sup>2</sup> Die Gemeinden können kostenfrei in die Akten Einsicht nehmen, die ihre Gemeinde betreffen.

## VII. Verlust des Bürgerrechts

Von Gesetzes wegen	<b>Art. 24</b> <sup>1</sup> Das Bürgerrecht erlischt von Gesetzes wegen: a. in den Fällen von Artikel 259, 267a und 271 ZGB; b. durch Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 5 - 7 BÜG); c. durch den Verlust des Bürgerrechts der Einwohnergemeinde (Art. 4 Abs. 2 KBÜG).  <sup>2</sup> Das Bürgerrecht geht verloren: a. mit der Nichtigklärung der Einbürgerung (Art. 36 BÜG); b. mit der Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht (Art. 37 BÜG); c. mit dem Entzug des Schweizer Bürgerrechts (Art. 42 BÜG); d. mit der Entlassung aus dem Kantons- oder Gemeindebürgerrecht (Art. 23 Abs. 1 KBÜG); e. auf Gesuch hin mit Beschluss des Burgerrates, <sup>2</sup> auch wenn das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde beibehalten wird (Art. 23 Abs. 3 KBÜG).
--------------------	---

## VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Durch Beschluss	<b>Art. 25</b> <sup>1</sup> Bis zum 12. Juni 2019 eingereichte Gesuche werden nach den Bestimmungen des damals geltenden Rechts beurteilt.  <sup>2</sup> Die Burgergemeinde schliesst hängige Gesuche nach Absatz 1 bis zum 31. Dezember 2019 ab.
-----------------	---

---

<sup>2</sup> Wer nur aus dem Bürgerrecht einer Burgergemeinde entlassen werden will, richtet das Gesuch an die Burgergemeinde. Diese entscheidet selbstständig über das Begehren und informiert die zuständige kantonale Stelle.

Hängige Gesuche

**Art. 26** <sup>1</sup>Dieses Reglement ist anlässlich der Burgerversammlung vom 12. Juni 2019 beschlossen worden.

Inkrafttreten

<sup>2</sup>Der Burgerrat bestimmt und publiziert den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements.

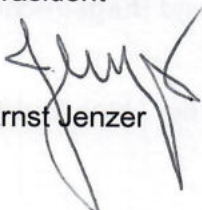
Aufhebung  
bisherigen Rechts

**Art. 27** <sup>1</sup>Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements werden alle widersprechenden Bestimmungen der Burgergemeinde, insbesondere das Reglement über die Aufnahme in das Bürgerrecht vom 21. April 1999, aufgehoben.

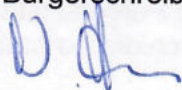
Thunstetten, 12. Juni 2019

Im Namen der Burgergemeinde Thunstetten

Präsident

  
Ernst Jenzer

Burgerschreiberin

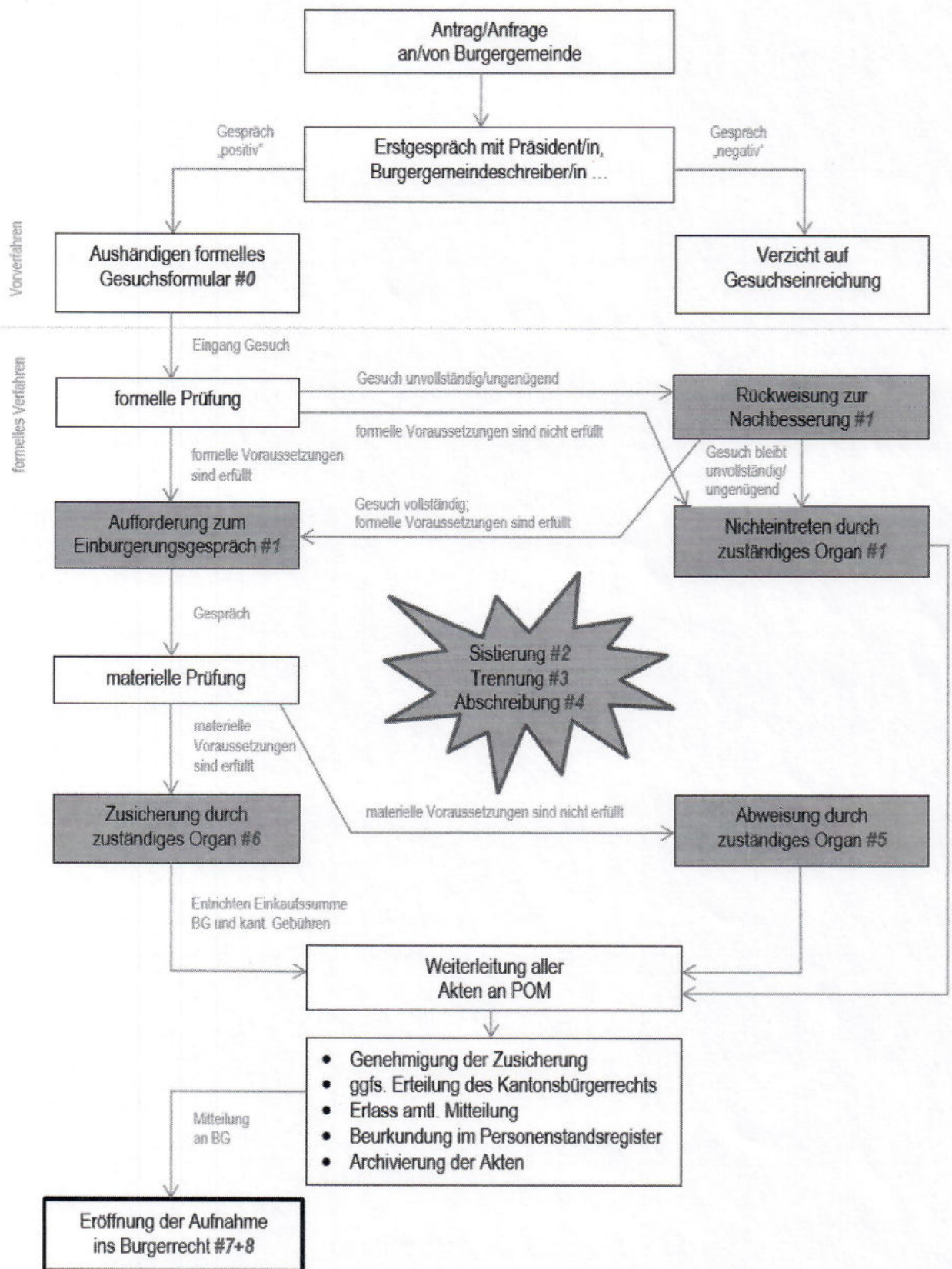
  
Nelly Heusser

### **Auflagezeugnis**

Die unterzeichnende Burgerschreiberin der Burgergemeinde Thunstetten bescheinigt, dass das vorliegende Reglement vom 10. Mai 2019 bis 12. Juni 2019 (dreissig Tage vor der Behandlung durch die Burgergemeindeversammlung) auf der Gemeindeverwaltung Thunstetten öffentlich aufgelegt war. Die Auflage wurde nach den gesetzlichen Vorschriften publiziert.



## Ablaufschema Einbürgerung



## = Nummer anzuwendende Mustervorlage

#0 = Gesuchsformular (Bezug aktuelle Version: VBBG oder [www.pom.be.ch](http://www.pom.be.ch) -> Zivilstand, Einbürgerung & Pass/ID -> Einbürgerung

-> Login Gemeinden [Login erstellen]); #1-6 = bestehende Mustervorlagen zu Verfügungen; #7 = Eröffnungsschreiben; #8 = Bürgerbrief